

Auf Antrag des Vorsitzenden wurde der TOP 11 einstimmig auf TOP 3.1 vorgezogen.

Herr Piéla machte darauf aufmerksam, bei Bedarf aufgrund des Umfangs der Nachreichung, eine Leseunterbrechung zu ermöglichen, damit man sich mit dem Inhalt vertraut machen kann. Außerdem beabsichtigte er eine weitere Sitzungsunterbrechung möglich zu machen, damit Betroffene, die nicht zum Ausschuss gehören, die Gelegenheit bekommen ihre Gedanken einzubringen.

Herr Quast fragte nach, ob die Verwaltung noch etwas zum Stand der Überlegungen sagen möchte, die zu dieser Vorlage geführt haben oder ob sofort mit der Debatte begonnen werden soll.

Herr Gleß verwies an Herr Weiser, eine kurze Einleitung zur Vorlage vorzunehmen. Herr Weiser erläuterte kurz die Historie. Aufgrund eines Auftrags aus der Politik anlässlich eines GPA-Berichtes, die Hausmeisterdienste zu optimieren, hat der FB 9 recherchiert und umgesetzt. In einer ersten Stufe 2015 wurde vom GuB-Ausschuss beschlossen, die Hausmeisterdienste im Fachbereich 9 zu konzentrieren.

Hinsichtlich der aktuell anstehenden Optimierung bezüglich der Leistungsfähigkeit innerhalb der Hausmeistertätigkeiten empfahl der GUB-Ausschuss dies im Schulausschuss zu diskutieren. Eine entsprechende Vorlage beinhaltete 3 Varianten zur Kosteneinsparung. Seitens der Verwaltung ist auch eine Bewertung eingeflossen, die natürlich auch Auswirkung auf den Service hat. Der Schulausschuss hat sich für die Variante II ausgesprochen, die nun auch als Empfehlung dem Gebäudeausschuss vorliegt.

Herr Quast dankte für diese kurze Einleitung. Er bestätigte das Ansinnen des Ausschusses, dass eine Optimierung der Hausmeisterdienste unerlässlich und unstrittig, aber auch die Zuordnung zum FB 9 durchaus sinnvoll ist. Seiner Kenntnis nach, sind im Schulausschuss nur Diskussionen zur Variante II und III erfolgt. Die Serviceverluste bei Variante I stellten sich als zu groß dar. Im Schulausschuss ist von der SPD-Fraktion die Variante III bevorzugt worden, weil die Abwägung zwischen Einsparungspotential und Serviceverlusten dabei den Ausschlag gegeben hat. Bei Variante II sieht er die Unsicherheit, dass eine entsprechende Versorgung der Schulstandorte nicht mehr gewährleistet ist. Die aktuellen Unterlagen machen deutlich, dass die Einsparungen sich bei Variante II auf 6.078 Euro beziffern.

Er sah den angesprochenen Unsicherheitsfaktor als höheres Gut an, als die vorgenannten Einsparungen; was nicht heißen soll, dass keine Einsparungen gewollt sind. Aber er bezweifelte, ob die Politik dann noch ihrer Verantwortung gegenüber Schülern, Lehrern und auch dem Standort gerecht werden kann. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Stellungnahme von Frau Overhage zu möglichen Abdeckung von eventuellen Engpässen durch die an der Gesamtschule tätigen Hausmeister. Er sah darin weder eine Lösung noch das erhoffte Optimierungspotential. Die aktuell vorgebrachten Bedenken und anhaltenden Diskussionen in der Elternpflegschaft sind ernst zu nehmen. Deshalb bat er zu überdenken, ob heute schon über den 2. Punkt des Beschlussvorschlages abgestimmt werden sollte.

Herr Werner Müller stimmte Herrn Quast hinsichtlich seiner Beurteilung der Historie zu und zeigte Verständnis für eine eingehendere Betrachtung der Gesamtsituation. Die

CDU-Fraktion kommt allerdings zu einem anderen Bewertungsergebnis und einer anderen Einschätzung. Ungeachtet des Ausgangs der heutigen Abstimmung wird sich der HaFa mit der Problematik befassen müssen, da der Beschlussvorschlag lediglich eine Empfehlung darstellt. Seine Fraktion wird der Empfehlung des Schulausschusses folgen und der Vorlage zustimmen.

Herr Günther bestätigte, dass auch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen der Empfehlung des Schulausschusses folgen und der Variante II den Vorzug geben wird. Er leugnete den genannten Unsicherheitsfaktor nicht, dieser könnte aber dazu dienen, eine Testphase einzuleiten. Nach einer weiteren Analyse wäre eine Neufassung eines Beschlusses nicht auszuschließen. Genauer zu unterscheiden sind in diesem Zusammenhang die negativen Effekte struktureller Art und jene die Zusatzleistungen betreffen. Optimierung sah er hauptsächlich darin, die Aufgaben der Hausmeister von den Aufgaben freizuhalten, die nicht der Stellenplatzbeschreibung entsprechen. In der Koordinationsstelle sah er ein positives Steuerungsinstrument, das Defizite, die in der Praxis auffallen, sofort ausgeglichen werden können. Seine Fraktion wird der Vorlage auf jeden Fall zustimmen.

Herr Janßen betonte für die FDP-Fraktion, dass sich ihre Entscheidung seit der Schulausschusssitzung nicht geändert hat und der Vorlage mit der Empfehlung für die Variante II zugestimmt wird.

Herr Bierschenk von der Fraktion Die Linke äußerte, dass sie der Variante III den Vorzug geben. Aus seiner Sicht ist die Abstimmung im Schulausschuss unglücklich verlaufen. Die Befürworter von Variante II befassten sich eben nicht mit den einzelnen Potentialen, sondern nur mit den Vorteilen, die sich hauptsächlich aus der Konzentration im FB 9 ergeben. Diese stehen allerdings nicht zur Abstimmung weil längst beschlossen. Das priorisiert seines Erachtens keine Entscheidung für eine dieser drei Varianten.

Herr Heikaus von der Fraktion Aufbruch betonte, auch die Variante III zu bevorzugen. Nur bei dieser Variante ist sichergestellt, dass an jeder Schule ein Hausmeister vor Ort ist.

Um die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen, unterbrach der Vorsitzende um 18:24 Uhr die Sitzung.

Als erstes meldete sich Frau Elke Marquis, stellvertretende Schulleiterin der Gemeinschaftsgrundschule Menden „Max & Moritz Schule“; Schulgebäude Siegstraße zu Wort, um die aktuelle Situation an ihrer Schule darzustellen.

Eine weitere Stellungnahme erfolgte von einem Vertreter der Stadtschulpflegschaft, um die Bedenken und Probleme aufzuzeigen.

Eine weitere Dame aus der Schulpflegschaft unterstützte mit ihrer Stellungnahme die bereits dargestellte Situation vor Ort.

Um 18:43 Uhr wurde die Sitzung fortgesetzt.

Herr Janßen betonte, dass die vorgetragenen Bedenken von allen sehr ernst genommen werden. Er fragte nach, ob es möglich sei, die Empfehlung an den HaFa mit der Auflage auszusprechen, dass die Verwaltung nach einer Zeit von 3-6 Monaten darüber berichtet, wie sich die Variante II in der Praxis bewährt hat. So besteht die Möglichkeit gegenzusteuern, wenn sie sich nicht so bewährt wie erwartet.

Herr Piéla betonte, dass eine Optimierung kein abgeschlossener Zustand ist, sondern immer ein Prozess. Wenn diese Möglichkeit mit einbezogen werden soll, sollten sich auch die anderen Ausschussmitglieder dazu äußern.

Herr Günther räumte ein, dass der Vorschlag mit der Probephase etwas ungeschickt ausgedrückt war und vermutlich negativ aufgenommen wurde. Natürlich liegt es nicht in der Absicht Kinder zu Versuchsobjekten zu machen. Eine solche Erprobungsphase mit einem Erfahrungsbericht abzuschließen, wäre sicherlich sinnvoll. Natürlich dient die Optimierung der Hausmeisterdienste nicht vorrangig dazu, den Haushalt zu sanieren. Aber er hält es schon für bedenklich, wenn der sogenannte „Wachdienst“ des Hausmeisters darin bestehe, nur an der Tür zu stehen. Aus seiner Sicht ist das eine fachfremde Tätigkeit. Das gleiche gilt für geleistete Verwaltungsarbeiten oder die angesprochene Kinderbetreuung.

Herr Quast dankte vorab der Vertreterin der Schule und den Vertretern der Elternschaft für ihre Ausführungen. Von seiner Fraktion wurde bereits deutlich gemacht, dass gerade aus genannten Gründen die Variante III favorisiert wird. Er wollte gar nicht näher auf die angesprochene Testphase eingehen. Er wirft hierzu die Frage auf, wie zukünftig mit einer optimierten Personalplanung umgegangen wird. Ziel ist es ja, die Hausmeister zu spezialisieren. Es sollten möglichst viele fachlich vorgebildete Hausmeister eingesetzt werden, um kleinere Reparaturen erledigen zu können. Dies ist ein langfristig angelegtes Personalkonzept und deshalb betrachtet er den Vorschlag eine Testphase einzurichten als sehr schwierig. Die von der Verwaltung vorgelegte Matrix sieht eine Bewertung der Vor- und Nachteile vor. Die Variante III zeigt deutliche Vorteile in der Präsenz und den fehlenden Kompensationskosten. Der angesprochene Wachdienst des Hausmeisters erhöht seiner Meinung nach die Sicherheit während der Unterrichtsstunden.

Herr Piéla merkte an, ob die Anwesenheit eines Hausmeisters als Sicherheitsleistung, eben nur anwesend zu sein, als Argument kritisch zu hinterfragen ist. Das würde bedeuten, wenn der Hausmeister nicht anwesend ist, ist die Schule nicht mehr sicher.

Herr Bierschenk bedankte sich bei der Verwaltung hinsichtlich des Antrages der Fraktion Die Linke, dass die tarifrechtliche Frage des Stundenanteils jetzt geklärt ist und es bei 46,75 Stunden bei der Bereitschaftszeit bleibt. Wie er dem Text entnehmen konnte sind Kompensationskosten für externe Hausmeisterdienste bei Variante II vorgesehen, die es in der ursprünglichen Fassung nur für Variante I gegeben hat.

Herr Weiser führte hierzu aus, dass es sich hierbei um eine Kombination handelt, wo morgens und abends zeitgleich an zwei Standorten etwas zu erledigen ist und Querdienste geleistet werden. Zum einen ist die Möglichkeit gegeben, den Dienst früher zu beginnen oder zusätzlich diese Dienste durch einen externen Hausmeisterdienst erledigen zu lassen.

Herr Dr. Büsse sprach sich dafür aus, dass möglichst an jeder Schule ein Hausmeister ist. Kinder sind auch für ihn keine Testobjekte. Allerdings machte er deutlich, dass im Schulausschuss darüber hinreichend diskutiert wurde und ein Beschluss gefasst wurde. Es wurden verschiedene Hausmeisteraufgaben aufgeführt. Er wünschte an dieser Stelle noch einmal einer Erläuterung, wie sich die originären Aufgaben des Hausmeisters von den übrigen Aufgaben abgrenzen. Entscheidend ist für ihn, dass sich der Hausmeister auf seine tatsächlichen Aufgaben konzentriert. Da seines Wissens auch in Zweifel gezogen wurde, ob die Wochenstunden von 39 bzw. 45 Stunden realistisch angesetzt sind, müsste es doch möglich sein dies bis zum nächsten HaFa zu klären. Ausgehend von dem heutigen Stand sollte Offenheit gegenüber einer Testphase bestehen. Auch eine sich daraus ergebende Beschlussänderung ist für ihn kein Problem.

Herr Heikaus betonte, dass die Erläuterungen der Schule für ihn durchaus nachvollziehbar sind. Seine Besorgnis galt den Kindern, auch im Hinblick auf eine angedachte Testphase in den Winter hinein, wo höchste Sorgfalt erwartet wird. Er will sich nicht vorwerfen lassen, durch ein Unterlassen dazu beigetragen zu haben, dass der Sorgfaltspflicht nicht nachgekommen wird, weder durch eine Einsparung noch Testphase. Seine Fraktion favorisiert die Entscheidung der Menschen, die täglich mit der Situation konfrontiert sind. In dieser Einsparungssituation wurde angeregt, dass eine externe Hausreinigung hinzukommen soll. Wo diese Kosten hinterlegt sind, ist nicht bekannt; d.h. auf der einen Seite Einsparungen von rund 6.000 Euro und auf der anderen Seite Mehrausgaben. Auch der Sicherheitsfaktor während der Unterrichtsstunden ist nicht zu unterschätzen, da wenigstens eine erkennbare Person sich im Objekt aufhält. Deshalb wird befürwortet an jeder Schule einen Hausmeister zu haben.

Herr Piéla ging an dieser Stelle auf die laufend in die Diskussion eingebrachte „Testphase“ ein. Es soll nicht der Eindruck der Beliebigkeit erweckt werden und er bat die Verwaltung um Klarstellung.

Herr Gleß stellte klar, dass keine Testphase beschlossen wird. Es wird ein Model beschlossen, und zwar die Umsetzung der Variante II. Die Verwaltung wird allerdings ein Monitoring durchführen, wie sie es immer tut, wenn etwas Neues eingeführt wird. Das bedeutet, dass Ergebnisse gesammelt und mit dem Betroffenen und der Politik besprochen werden. Verläuft die Umsetzung nicht reibungslos, wird mit geeigneten Maßnahmen gegengesteuert, die zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht benannt werden können.